

BHI-Beschlüsse

Genehmigt vom BHI-Kongress in Durban Südafrika
am 1. Dezember 2017.



24. Missbilligung von Tötungen ohne Gerichtsverfahren auf den Philippinen

Eingereicht von: JOSE SONNY G. MATULA Nationaler Vorsitzender, FFW

ALARMIERT VON der Flut an Tötungen ohne Gerichtsverfahren, die überall auf den Philippinen geschehen und offensichtlich von der Anti-Drogen-Kampagne der philippinischen Landespolizei begünstigt werden, die unter dem Namen „Oplan Tokhang“ bzw. „Oplan Double Barrel“ durchgeführt wird. Dieser so genannte „Krieg gegen die Drogen“ hat bereits zwischen 8.000 und 10.000 Menschenleben gefordert. Viele der Opfer stammen aus armen Verhältnissen -- sie alle werden des Rechts auf Leben beraubt, des Rechts auf Anhörung und der Möglichkeit, sich vor einem Gericht zu verteidigen.

GLEICHZEITIG ist das Land mit anderen Formen von Gewalt und Terror konfrontiert, die mit bewaffneten Aufständischen, separatistischen Rebellen und vom IS unterstütztem Terrorismus in Marawi (im Norden von Mindanao) im Zusammenhang stehen oder von diesen ausgehen.

INFOLGEDESSEN, als direkte Folge des Kriegs gegen Drogen hat das Parlament am 7. März 2017 beschlossen, die Todesstrafe wieder einzuführen; nun steht noch die Billigung durch den philippinischen Senat aus, entgegen der Verpflichtungen der Philippinen gemäß der internationalen Menschenrechtsnormen- dem stehen wir entgegen.

Als direkte Reaktion auf den mit dem IS in Verbindung stehenden Terrorismus in Marawi wurden gerichtliche Anordnungen von Haftprüfungsterminen ausgesetzt. Das Kriegsrecht in ganz Mindanao wurde vom philippinischen Kongress bis Ende des Jahres (2017) ausgeweitet. Der Albtraum der 14 Jahre andauernden Diktatur und gemeinsamen Herrschaft des ehemaligen Präsidenten Ferdinand Marcos und seiner Frau Imelda droht sich zu wiederholen.

WIR RUFEN DEN KONGRESS AUF, FOLGENDES AUF DAS SCHÄRFSTE ZU VERURTEILEN: die Anwendung von Gewalt, Einschüchterung und Autoritarismus durch diese Regierung, darunter auch Gruppierungen, die an bewaffnetem Aufstand, Rebellion und Terrorismus beteiligt sind.

WIR STEHEN ENTSCLOSSEN FÜR FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT und fordern alle Betroffenen dringend dazu auf, insbesondere aber diese Regierung, die Friedensgespräche weiterzuführen und die Grundlagen für sozialen Frieden, nationale Sicherheit und sozioökonomische Entwicklung und Fortschritt zu stärken.



WIR FORDERN die Regierung dringend auf, den Tötungen ohne Gerichtsverfahren ein Ende zu setzen, gegen die Täter zu ermitteln und sie zu bestrafen. Wir fordern die Regierung dringend dazu auf, das Recht der Arbeitnehmer auf aktive und tatsächliche Teilhabe in der Politik und den Entscheidungsgremien auf allen Ebenen anzuerkennen.

UNTERSCHRIFT:



BWI • BHI • BTI • IBB • ICM
www.bwint.org